

O. ANDERSON/M. SCHAFFRANEK/H. STENGER/K. SZAMEITAT, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik. Berlin: Springer 1983, 444 S., br. DM 35,80

Herwig Birg

Die Statistik hat sich zu einem so breiten Wissensgebiet entwickelt, daß die fachliche Kompetenz eines einzelnen Autors meist nicht ausreicht, um auch nur ein größeres Teilgebiet vollständig darzustellen. Wenn sich allerdings vier Autoren zusammentun und sich auf einen bestimmten Aspekt beschränken, darf man erwarten, daß dabei etwas Solides zustande kommt. Grundsollide ist die Gemeinschaftsveröffentlichung von *Anderson, Schaffranek, Stenger* und *Szameitat* zur „Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik“ zu nennen. Es handelt sich um die verbesserte Fassung eines bereits im Jahr 1978 in der gleichen Reihe der „Heidelberger Taschenbücher“ erschienenen Bandes mit dem Titel „Grundlagen der Statistik“. Dieser Vorläufer wurde allerdings nicht nur überarbeitet, sondern um ein wichtiges Kapitel über „Aufgabenschwerpunkte und Organisationsfragen“ ergänzt und so zu einem eigenständigen neuen Werk umgestaltet.

Die Autoren bekunden, daß sie über die Leistungsfähigkeit der modernen Statistik im allgemeinen und über die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik im besonderen Kenntnisse vermitteln wollen. Dieses Unterfangen dürfte einem breiten Bedürfnis entgegenkommen, denn es wird immer schwerer zu überblicken, was von den kaum mehr zählbaren amtlichen und nichtamtlichen statistischen Organisationen erhoben, ausgewertet und veröffentlicht wird. In der Bundesrepublik gibt es neben dem Statistischen Bundesamt 11 Statistische Landesämter und zahlreiche nichtamtliche Institutionen, die beispielsweise für Gemeinden und Städte, für Wirtschaftsverbände und Kammern und für eine Fülle weiterer Einrichtungen Daten sammeln und auswerten. Kaum zu überblicken sind auch die Aktivitäten der supra- und internationalen Statistik. Im ersten Teil des Buches („Aufgabenschwerpunkte und Organisationsfragen“) sowie im dritten Teil („Ausgewählte Bereiche der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik“) wird ein Überblick über das Gesamtspektrum statistischer Aktivitäten gegeben, während der mittlere Teil der Methodendarstellung gewidmet ist, und zwar den „beschreibenden Methoden“. Einen gesonderten Band über die wahrscheinlichkeits-theoretisch fundierte Methodenlehre haben die Autoren 1976 in der gleichen Reihe veröffentlicht.

Die Statistik ist nicht nur wichtig durch ihre Funktion als Produzent von Informationen; sie ist auch dadurch interessant, daß sie anzeigt, was der parlamentarischen Vertretung und der Administration berichtenswert erscheint und was nicht, bzw. worüber zu berichten als opportun gilt und worüber nicht. Denn Volkszählungen werden ebenso wie alle anderen amtlichen Erhebungen auf der Basis von Gesetzen bzw. Rechtsverordnungen durchgeführt, die für die jeweilige Erhebung erlassen werden und in denen geregelt ist, was erhoben werden soll. Dieser rechtliche Hintergrund (Legalitätsprinzip, Geheimhaltung, Datenschutz, Auskunftspflicht) und die verschiedenen Ablaufphasen bei der Erstellung von Statistiken sind im ersten Teil des Buches dargestellt. Dabei wird auf die heute gültigen Arbeitsschwerpunkte der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik Bezug genommen. Leider vermißt man Hinweise auf die historische Genesis der Arbeitsschwerpunkte. Die Autoren haben sich hier die Chance entgehen lassen, zu zeigen, daß die Statistik ein getreuer Spiegel für die Problemwahrnehmung ihrer Zeit ist, und daß sie als ein quantitatives öffentliches Gedächtnis höchst selektiv wirkt. Erst im dritten Teil des Bandes mischt sich in die um Sachlichkeit bemühte Diktion zuweilen ein kritisch wertender Ton, so beispielsweise im Kapitel „Soziale Indikatoren“, wenn von dem „früher erstaunlich begrenzten Interesse an geschlossener sozialstatistischer Darstellung und Analyse“ die Rede ist.

Was dieses Buch wohltuend von anderen Darstellungen dieser Art unterscheidet, ist vor allem der erste Teil mit seiner Darstellung der „Aufgabenschwerpunkte und Organisationsfragen“ und der dritte Teil, der den Titel „Ausgewählte Bereiche der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik“ trägt. Der zweite Teil („Beschreibende Methoden“) enthält dagegen eine Darstellung des methodischen Standardinstrumentariums (Verteilungen, Verteilungsmaße, Kontingenztafeln, Korrelations- und Regressionsrechnung und Kleinstquadrateschätzung), die man auch in anderen Büchern findet, wenn auch nicht überall in dieser vorbildlichen Klarheit und Einfachheit der Darstellung. Für die Praxis wichtig sind zwei Kapitel über Zeitreihenzerlegung und Indexzahlen, die zahlreiche, mit didaktischem Geschick gewählte Übungsaufgaben nebst Lösungen enthalten.

Am gewichtigsten und umfangreichsten ist jedoch der dritte Teil (200 von 444 Seiten), der dem Buch seinen Titel gab. In 8 Hauptabschnitten werden folgende Bereiche behandelt: Bevölkerungsstruktur und -bewegung, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Preisindizes, Statistik des Produzierenden Gewerbes, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Zahlungsbilanzstatistik, Soziale Indikatoren und Modellrechnungen (insbesondere über die künftige Bevölkerungsentwicklung). Diesem Teil kam zugute, daß einer der Autoren, nämlich *Szameitat*, Präsident eines Statistischen Landesamtes war (Baden-Württemberg). Die Darstellung ist materialreich, aber nicht überfrachtet. Sie informiert klar, knapp und zuverlässig darüber, an welchen Stellen über welche Sachverhalte Daten verfügbar sind, wie die Aussagekraft der Daten zu beurteilen ist und für welche analytischen oder deskriptiven Zwecke sie in der Regel verwendet werden. Es handelt sich um eine vorzügliche statistische Quellenkunde, die auf ein breites Interesse stoßen dürfte.

In einem Punkt unterliegen die Autoren leider einem gravierenden Irrtum. Sie nehmen an, daß sie mit ihrem Buch „Kenntnisse vermitteln, die üblicherweise im Rahmen eines wirtschaftswissenschaftlichen Grundstudiums erworben werden“. Wie kann man als Statistiker so daneben liegen?

POLITIK

HEINER FLOHR / WOLFGANG TÖNNESMANN (Hrsg.), Politik und Biologie. Beiträge zur Life-Sciences-Orientierung der Sozialwissenschaften. Berlin: Parey 1983, 222 S., Ln. DM 49,–

Wolfgang Lipp

In biologischen Kategorien zu denken ist seit dem Durchbruch, den im Konzert der Wissenschaften international die Ethologie erfahren hat, angesichts vor allem aber der Herausforderung, die die weltweite ökologische Krise bedeutet, heute keineswegs mehr ungewöhnlich; es wird weithin als normal erwartet. Daß es nicht nur die Biologie im engeren Sinne ist, deren Konzepte und Begriffe hier gefragt sind, sondern die Bandbreite der Life-Sciences überhaupt, bis hin zu den Bevölkerungs-, Ernährungs- und Umweltwissenschaften, ist dabei deutlich. Führend in der Entwicklung sind einmal mehr die USA, und so nimmt es kein Wunder, daß *Flohr* und *Tönnemann* mit ihrem hier angezeigten Sammelband „Politik und Biologie“ für den spezielleren politikwissenschaftlichen Bereich mit der Sammlung und Übersetzung repräsentativer amerikanischer Beiträge zunächst eine Lücke schließen und so die deutsche Diskussion beleben wollten.

Das Unternehmen darf als teils gelungen, teils nur unbefriedigend realisiert bezeichnet werden. Gelungen ist vor allem die Einleitung des Bandes (*Flohr/Tönnemann*, „Die Bedeutung der Life-Sciences für die Politikwissenschaft“), die mit Blick auf die bekannten Hemmschwellen, die der Auseinandersetzung der Sozialwissenschaften mit der Biologie in Deutschland entgegenstehen, sehr behutsam argumentiert und versucht, Mißverständnisse hier auszuräumen. Nein, Biologie in der Politik, die Berücksichtigung biologischer Faktoren in der Politikwissenschaft: das ist weder Rassismus, noch eine neue Lehre vom Übermenschen, noch die Verwechslung des Menschen mit dem Affen, der Kultur mit Natur; „Biopolitics“ – so der von *Flohr* und *Tönnemann* übernommene amerikanische Name für das Programm, die Bio- mit den Sozial (Politik-)wissenschaften interdisziplinär zu verbinden – setzt sich lediglich die Aufgabe, jene alte, abstrakte Trennung, ja Entgegensetzung von „Umwelt“ und „Anlage“, die die Forschung vielfach in Sackgassen führen und ideologisch werden lassen konnte, zu umgehen bzw. mit der Frage nach Übergängen, Konvergenzen, Verflechtungen erfahrungswissenschaftlich zu überbrücken. Nach der Lektüre der Einleitung leuchtet es ein, daß Brückenschläge dieser Art nicht nur sinnvoll, sondern notwendig sind, und hier liegt gewiß ein Verdienst des Bandes.

Als Wegbereiter und zugleich Strebepfeiler, die die neue Fragestellung tragen, sehen *Flohr* und *Tönnemann* die Ethologie, die Soziobiologie, schließlich die allgemeine biologische Evolutionstheorie an, deren Paradigmen sie kurz vorstellen und auf das eigene interdisziplinäre Programm „Politik und Biologie“ bzw. „Biopolitics“ beziehen. Die Einzelbeiträge des Bandes sind in dieses Raster – das um einen exemplarischen Teil („Psychophysiologische Aspekte politischen Verhaltens“) noch erweitert ist – konsequent nun zwar eingefügt; sie lassen den Leser aber, der nach Verifikation und teils Systematik, teils Tatsachendurchblick auch im Detail noch sucht, merkwürdig unbefriedigt. So erfrischend manche Arbeiten hier auch anmuten (solange sie als Herausforderung herkömmlicher, einseitig politizistischer, soziologistischer, kulturistischer Forschung gelesen werden), so wenig kommen sie über kanonisierte – oder quasi kanonisierte – theoretische Positionen (*Lorenz*, *Wilson*, *Trivers*, *Meynard Smith* u. a.), ja kasuistische empirische Beobachtungen aber doch hinaus. Beiträge wie von *S. M. Hines Jr.*

(„Die Ursprünge des Staates“), *T. C. Wiegele* („Psycholinguistische Merkmale in den Reden von US-Präsidenten während internationaler Krisen“), *J. A. Laponce* („Linkshändigkeit und Politik“) oder *J. N. Schubert* („Hungersnot als politisches Problem“) beeindruckten zwar durch die unbekümmerte – ohne Zweifel sehr amerikanische – Art, bestimmte politische Gegebenheiten z.B. mit der Häufigkeit bestimmter physiognomischer „Botschaften“ („nonverbales Verhalten“), dem Gebrauch von Gliedmaßen oder den Formen von Unterernährung zu korrelieren, werfen aber nicht nur die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse auf, sondern lassen auch Zweifel aufkommen, ob die neue Sichtweise, das neue Programm den Wissens- und Reflexionsstand der klassischen, insbesondere historisch orientierten Politikwissenschaft in der Tat schon konterkarieren oder gar überbieten können.

Vielleicht muß man sich an manches Paradoxe oder doch paradox Erscheinende, das den Arbeiten der Biopolitics-Kollegen aus Amerika anhaftet, in Europa erst noch gewöhnen; vielleicht muß man die Hochnäsigkeit, Gesellschaft, Geschichte und Kultur seien aus nichts anderem als Gesellschaft, Geschichte und Kultur gemacht (auch diese Perspektive, freilich, ist zu einem Gutteil aus Amerika importiert), hier wirklich einmal „niedriger hängen“. Das angezeigte Buch, das neben der genannten bemerkenswerten Einleitung anregende Beiträge auch von *A. Somit* und *R. Slagter* („Biopolitics“), *P. A. Corning* („Politik und Evolution“), dem deutschen Soziologen *P. Meyer* („Macht und Gewalt im Evolutionsprozeß“) oder *Glendon Schubert* („Soziobiologie und politisches Verhalten“) enthält (der als einziger – und eher unvermittelt – gegenüber Biopolitics informierte kritische Position bezieht und dabei Punkte sammelt): das Buch kann und sollte jedenfalls dazu beitragen, die Auseinandersetzung mit Biopolitics in Zukunft sachlicher und auch für die „klassische“, orthodoxe Seite produktiver zu gestalten. Nicht zuletzt das Literaturverzeichnis des Bandes, das die Herausgeber sehr umsichtig zusammengestellt haben, wird hierbei gute Dienste leisten.

WALTER LEISNER, *Der Führer. Persönliche Gewalt – Staatsrettung oder Staatsdämmerung*. Berlin: Duncker & Humblot 1983, 398 S., br. DM 88, –

Hans-Peter Müller

Dieses Buch paßt sich nahtlos in die neue Modewelle des Irrationalismus und der Mythen ein, die gegenwärtig demokratische Industriegesellschaften mit neoromantischem Gedankengut überschwemmt. Nachdem der Autor in vorangegangenen Publikationen eindringlich vor den nihilistischen und anarchistischen Tendenzen der Spätdemokratie gewarnt hatte, präsentiert er uns nunmehr die Alternative – der Führer als Verkörperung „Persönlicher Gewalt“ (28ff., das Adjektiv wird aus Dignitätsgründen durchgehend groß geschrieben) vemag die dekadente, in ihrem dichten Gehäuse von Normen erstarrte Spätdemokratie zu neuen Ufern zu führen. *Leisner* legt sich daher die Frage vor, „ob das Wort ‚Führung‘, eines der schönsten unserer politischen Sprache, in der Reichskanzlei vergiftet werden konnte, und wenn dieses Buch überschrieben ist ‚Der Führer‘, so nicht im Sinne historischer Erinnerung, sondern weil die Beschäftigung mit der Persönlichen Gewalt eines stets verlangt: Bereitschaft zur geistigen Personalisierung.“ (18) Argumentationsanlage und Vorgehensweise des Buches werden nur verständlich vor dem selbstgewählten, ja idiosynkratischen Ausgangspunkt, der bereits im Vorwort anklingt: „Ziel der Volksherrschaft ist Gleichheit, an deren Ende steht Anarchie, aus ihr ertönt der Ruf nach dem Führer, dem Retter von Volk und Reich. Dies ist der Kreislauf der Spätdemokratie.“ (5)

Vor diesem Problemhorizont entfaltet *Leisner* seine doppelte Zielsetzung: 1. die Entwicklung einer Rechtsdogmatik der Führung, die auf dem „unbedingten und durchgehenden Gegensatz“ (19) von persönlicher Gewalt und normativer Demokratie beruht; 2. die evolutionäre Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen politischen Entwicklung demokratischer Industriegesellschaften, die auf der genannten Kreislauflogik fußt. Das Problem ist nur, daß beide Ziele nicht sauber voneinander getrennt werden; so bleibt unklar, ob es ihm um die Stärkung der Führung innerhalb der zeitgenössischen Demokratien oder um die Überwindung der Demokratie zugunsten eines persönlichen Gewaltregimes geht.

Die doppelte Zielsetzung wird in fünf flüssig geschriebenen Kapiteln verfolgt, die einen weiten Bogen spannen von Herkunft und Legitimation der persönlichen Gewalt (28ff.), ihren Erscheinungsformen (127ff.), der Güte demokratischer Führungsversuche (205ff.), dem Verhältnis von persönlicher Gewalt und individueller Freiheit (302ff.) bis hin zu einem Ausblick auf den Kreislauf von Demokratie, Anarchie und persönlicher Gewalt (379ff.). Obgleich *Leisner* auf Anmerkungen und Bibliographie, die seine Argumente intersubjektiv nachprüfbar gemacht hätten, konsequent verzichtet, enthalten die einzelnen Kapitel eine Fülle von philosophischen, staatsrechtlichen und soziologischen Erkenntnissen, zuweilen überraschende Einsichten und unerwartete argumentative Wendungen. Persönliche Gewalt, so macht das erste Kapitel deutlich, entspringt aus langanhaltender Anarchie, zielt – im Gegensatz zur Gewaltenteilung der Demokratie – auf Gewalteinheit an der Spitze, sucht die Führungskraft über Verwaltung an die Basis weiterzuvermitteln, weckt chiliastische Hoffnungen bei der Gefolgschaft und legitimiert sich über das Charisma des Führers. Das Militär, eine meist nationalistische Ideologie und die Partei, so demonstriert das zweite Kapitel, sind die Kräfte, auf die sich ein persönliches Gewaltregime stützt, zugleich aber auch gefährdet werden kann durch einen militaristischen Anstrich, einen Wertmaßstab, an dem Führungsleistungen gemessen werden können, und dem Problem bürokratischer Erstarrung. Die absolutistische Monarchie, „diese einmalige politische Synthese einer frei in sich ruhenden Persönlichen Gewalt“ (193), ist *Leisners* Vorbild, nach dem ein persönliches Gewaltregime modelliert werden müßte, vereinigt es doch eine appropriierte Ressourcenbasis mit einer unangefochtenen Schiedsrichterrolle im Kampf gesellschaftlicher Interessen. Unter den im dritten Kapitel beschriebenen demokratischen Führungsversuchen kommt allein das präsidentielle Regime der Vereinigten Staaten und Frankreichs dem monarchischen Ideal nahe, zumal der Präsident undelegierbare Gewalt, persönliche Verantwortung und in seiner „Domaine réservée“ – Militär-, Außen- und Personalpolitik – die Stärke seines persönlichen Regimes demonstriert. Die Kehrseite der persönlichen Führungsstärke, so macht das fünfte Kapitel eindringlich klar, besteht in den Gefahren für individuelle Freiheit; zwar bemüht sich *Leisner* gerade hier wortreich um den Nachweis, daß eigentlich nur persönliche Gewalt wirklich individuelle Freiheit erzeuge; das gelingt ihm jedoch nur um den Preis eines argen begrifflichen Vexierspiels, das den Wert liberaler Abwehr- und Schutzrechte als auch sozialer Teilhaberechte rechtsstaatlicher Demokratien diskreditiert. Das letzte Kapitel schließt mit einer schwelgerischen Apotheose persönlicher Herrschaft: „Alles was politische Begeisterung sein kann, ein weltliches Glück, das über den Einzelnen hinausreicht, ein Gefühl von Paradies auf Erden, etwas von einem politischen amore sacro – all das wird man immer nur finden und begeistert besingen können getragen von Persönlicher Gewalt, von wahrer Führung. Darin ist etwas vom höchsten Glück, ein Gefühl von Rettung, von irdischer Erlösung. Und deshalb werden Menschen stets wieder Standbilder aufrichten,

ewiger als ihre Führer – Monumente Persönlicher Gewalt. Ja – da ist etwas von Staatsrettung.“ (385)

Als Fazit kann man festhalten, daß *Leisner* aus kühler staatsrechtlicher Vernunft sicherlich für ein Modell präsidentieller Demokratie votiert, das die Autorität persönlicher Führung mit der rationalen Herrschaft demokratischer Gesetze verbindet; seine apodiktische Entgegensetzung von persönlicher Führung und normativer Demokratie, seine unverhohlene Abneigung gegenüber dem mediokren Erscheinungsbild liberaler Demokratie, als auch sein unübersehbarer Hang zu romantischem Irrationalismus freilich ist auf ein viel weiter gestecktes Ziel gerichtet: die chiliastische Hoffnung auf ein neues tausendjähriges Reich! *Leisner* läuft daher Gefahr, viel unerwünschten Beifall von falscher Seite zu bekommen.

JAKOB SCHISLER (Hrsg.), Neokonservatismus in den USA. Eine Herausforderung. Opladen: Westdeutscher Verlag 1983, 182 S., br. DM 22,80 und IRING FETSCHER (Hrsg.), Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik. München: Beck 1983, 268 S., DM 29,50

Johann Baptist Müller

In dem Maße, in dem der Neokonservatismus an Terrain gewann bzw. gewinnt, beschäftigen sich immer mehr Politikanalytiker mit ihm. Dabei sind es sowohl die Gegner als auch die Parteigänger dieses Ideenkreises, die sich dieser Untersuchungsanstrengung unterziehen. Bei den beiden vorliegenden Publikationen handelt es sich um Wortmeldungen, die eher dem linken politischen Meinungsspektrum zuzurechnen sind. Auf dem Titelblatt des von *Jakob Schissler* edierten Sammelbandes wird der Neokonservatismus sogar als ideologische „Herausforderung“ bezeichnet. Dabei ist der ideologische Abstand zwischen Publikation und Interpretationsgegenstand so groß auch wieder nicht. *Schissler* weist nämlich in seinem Beitrag „Neokonservatismus als Teil der politischen Kultur der USA“ mit Nachdruck darauf hin, daß es sich bei der in Rede stehenden Ideenströmung um ein Denkkonglomerat handelt, das sich bruchlos in die liberale Gesamtkultur der Vereinigten Staaten einfügt. Die Neokonservativen sind also keine Rechtsextremen, ihre Loyalität gegenüber den politischen Idealen von *John Locke* und *Alexander Hamilton* steht außer Zweifel. Auch *Samuel Huntingtons* Kritik an den sog. „Exzessen der Demokratie“ sei aus einem liberalen Geiste heraus formuliert. So sehr *Schissler Huntingtons* „Overloading“-These ablehnt, so sehr weist er darauf hin, daß es dem amerikanischen Politologen um eine Stärkung des republikanischen Gemeinwesens geht.

In seiner Abhandlung über die „angebotsorientierte Wirtschaftsphilosophie“ der Neokonservativen unternimmt *Schissler* den Versuch, den klassenpolitischen Charakter der neokonservativen Ökonomie nachzuweisen. Da die Unternehmer in ungleich stärkerem Maße von der *Reaganschen* Wirtschaftspolitik profitierten als die Arbeiter, sei der antiegalitäre Charakter der angebotsorientierten Politik unmittelbar gegeben. Allerdings legt *Schissler* auch großen Wert auf die Feststellung, daß die *Reagan-Administration* und ihre intellektuellen Parteigänger in keiner Weise den Wohlfahrtsstaat sozialliberaler Provenienz zu zerschlagen beabsichtigten. Es gehe der derzeitigen amerikanischen Regierung darum, die New-Deal-Reformen zu erhalten und die Ausgaben aus der *Kennedy-Johnson-Zeit* zu kürzen. „Die Kürzungen im *Reaganschen* Sozialstaat beschränken

sich ... auf diesen zweiten, nicht länger konsensfähigen Teil des Sozialstaates.“ (86) Der Wohlfahrtsstaat der USA werde keineswegs eliminiert, allein sein Wachstum stärker unter die finanzielle Lupe genommen. Dabei weist *Schissler* auch auf die Absicht der amerikanischen Neokonservativen hin, „profitable mittelständische Karrieren im Wohlfahrtsbereich“ (87) einzuschränken.

Diese wissenschaftlich solide Darstellung der sozialpolitischen Ordnungsvorstellungen der amerikanischen Neokonservativen kontrastiert in merkwürdiger Weise mit der *Schisslerschen* Behauptung, daß sich *Reagan* für die „sozialdarwinistische Lösung“ (164) der amerikanischen Wohlfahrtsstaatsprobleme ausspricht. Mit diesem Vorwurf wird der *Reagan-Administration* angelastet, soziale Maßnahmen aus dem sozialdarwinistischen Lehrbuch zu exekutieren. Dazu gehören in erster Linie Eugenik und „Ausmerze“. Das aber konnte *Schisslers* Argumentationsabsicht denn doch nicht gewesen sein. *Schissler* geht überhaupt zu wenig auf die Schwierigkeiten ein, die sich der keynesianischen Wirtschaftspolitik angesichts überschuldeter Staatshaushalte in den Weg stellen. Wenn er behauptet, daß das liberale Wirtschaftsmodell unter den Bedingungen vermachteter Märkte nicht in der Lage ist, eine stagnierende Wirtschaft aus der Krise herauszuführen, berücksichtigt er einfach zu wenig, daß es den nachfrageorientierten französischen Sozialisten auch nicht gelungen ist, Frankreichs Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Regierung *Fabius* sucht ihr wirtschaftspolitisches Heil zur Zeit sogar in angebotspolitisch orientierten Maßnahmen. Schließlich muß der Rezensent auch bemängeln, daß sich *Schissler* des öfteren einer Sprache bedient, die zu viel propagandistische Bestimmungsmomente und zu wenig wissenschaftliche Nüchternheit aufweist.

Das Prinzip der „kämpfenden Wissenschaft“ wird einfach zu sehr betont, wenn folgender Satz zu lesen ist: „Sie (d.h. die Neokonservativen) haben geistig abgewirtschaftet, wenn sie sich nicht von den gegenwärtigen Machtgestaltern distanzieren“ (165). Es hat auch wenig mit einer streng wissenschaftlichen Beweisführung zu tun, wenn den Neokonservativen mit ihrer Absicht, eine normorientierte Gesellschaft gegen die permissiven Züge der gegenwärtigen Gesellschaft zu etablieren, unterstellt wird, „kritiklos den nihilistischen technokratischen oder den reaktionären Eliten“ (151) zu dienen. *Schisslers* Abhandlungen wäre es auch bekommen, wenn er sich eines konziseren Liberalismusbegriffes bedient hätte. Er unterscheidet zu wenig zwischen dem rechts- und dem linksliberalen Ideenkreis. *Daniel Patrick Moynihan* wird einerseits als ein „traditional liberaler Kritiker eines einseitigen Konservatismus“ (25) bezeichnet. Andererseits spricht *Schissler* von der der „Liberal tradition“ innewohnenden „Neigung zum Modell des Nachtwächterstaates“ (21).

Mit einem Spezialaspekt beschäftigt sich *Elisabeth Dröser*. Ihr ist es darum zu tun, die „Probleme des amerikanischen Wertesystems“ in den Blick zu rücken. Dabei untersucht sie vor allem die „Wiedererweckung fundamentalistischen Gedankengutes“, die „Konstituierung einer New Right mit mehr oder weniger deutlichen religiösen Untertönen“ (108). Bei ihrer fundierten und informationsreichen Analyse geht sie allerdings zu sehr auf die protestantische Richtung der „Moral Majority“ ein. Die Frage, in welcher Weise „Catholic ethnics“, konservative Juden und religiös motivierte Schwarze die Moral Majority unterstützen, bleibt weitgehend unbeantwortet.

Während *Jakob Schissler* und *Elisabeth Dröser* vor allem innenpolitische Probleme abhandeln, geht *Horst Dippel* auf die außenpolitischen Ordnungsvorstellungen der Neokonservativen ein. Sein umfänglich angelegter und informativer Beitrag wäre überzeugender ausgefallen, hätte er sich eines weniger emotional besetzten Vokabulars bedient. Sein Hieb- und Stichwortverzeichnis umfaßt

Begriffe wie „Arroganz der Gesinnung“ (121), „Antiquiertheit des Denkens“ (125), „Verbalradikalismus“ (134), „pathologische Züge“ (148), „neurotische Züge“ (149) und „esoterisches Sektierertum“ (150).

Der von *Iring Fetscher* herausgegebene Sammelband ist ungleich breiter angelegt als der soeben besprochene. Neben der Analyse des amerikanischen Neokonservatismus wird auch derjenige der Bundesrepublik und die Nouvelle Droite Frankreichs in den Blick genommen. Was den Neokonservatismus der USA anlangt, so geht *Nigel Ashford* zunächst auf die Gründe ein, die zur Entstehung der neokonservativen Denkströmung führten. Dabei weist er zu Recht auf die dominierende Rolle hin, die der Chicagoer Sozialphilosoph *Leo Strauss* als Spiritus rector der neokonservativen Denkschule spielte. Im Zentrum seiner Abhandlung steht die Analyse der neokonservativen These, daß „staatliche Maßnahmen generell unerwartete und unbeabsichtigte Konsequenzen hervorrufen“ (39). Dabei weist er wie *Jakob Schissler* darauf hin, daß es sich bei den Neokonservativen um keine prinzipiellen Interventionsgegner handelt. Überhaupt legt *Ashford* großen Wert auf die Klärung der von ihm verwendeten Begriffe. Besondere Sorgfalt verwendet er auf die Unterscheidung zwischen dem herkömmlichen Konservatismus der USA und dem Neokonservatismus. Während die Arbeiterbewegung dem herkömmlichen Konservatismus als ein Alptraum erscheine, schätzen die Neokonservativen die Gewerkschaften als einen „starken Partner des internationalen Antikommunismus“ (55) und eine solidarisierende gesellschaftliche Kraft. Dagegen werde die Geschäftswelt von den Neokonservativen weit skeptischer beurteilt. Sie lasten den Unternehmern vor allem an, mit kommunistischen Ländern Handel zu treiben. Der Neokonservative akzeptiere wohl den Kapitalismus, keineswegs aber immer die Kapitalisten. Darüber hinaus seien die Neokonservativen im Gegensatz zu den Konservativen prinzipiell antirassistisch eingestellt, „empfindlich für ethnische und religiöse Vielfalt“ (56).

Ebenso überzeugend ist der Beitrag von *Patrick Moreau* über den Biologismus der Nouvelle Droite ausgefallen. Im Mittelpunkt seiner Abhandlung steht der Versuch der Neuen Rechten, im Rekurs auf die Ergebnisse der Physik, Biologie und Gesellschaftswissenschaften „ein neues, umfassendes System der Weltdeutung“ (117) zu entwickeln. Dabei geht er auch auf die sozialtherapeutischen Vorschläge der Nouvelle Droite ein. Sie laufen darauf hinaus, unsere Gesellschaft genetisch zu programmieren, Geistesranke und andere „Entartete“ zu beseitigen. *Moreau* zufolge müsse man keinen hyperkritischen Maßstab anlegen, wenn diese von der Nouvelle Droite propagierte Gesellschaftspolitik „in vielem an die Programmatik des Nationalsozialismus erinnert“ (159). Als besonderes Glanzstück in *Moreaus* Aufsatz gibt sich diejenige Passage zu erkennen, in der sich der Autor mit den philosophischen Grundlagen des neurechten Ideenkreises beschäftigt. Dabei wirft er der Nouvelle Droite vor, eine „ernsthafte Prüfung der vom Nominalismus nahegelegten Konsequenzen“ (121) unterlassen zu haben. Während die nominalistische Gesellschaftsanalyse recht eigentlich zu einem „radikalen Individualismus“ führe, setze die Neue Rechte im Sinne des philosophischen Realismus auf Entitäten wie „Gruppe, Volk und Rasse“ (ebd.). Diese aber hätten, so weist *Patrick Moreau* folgerichtig nach, „selbst der nominalistischen Kritik zu verfallen“ (ebd.). Zu den Stärken der neuen politischen Richtung scheint die logische Konsequenz also nicht zu gehören. „Wo die Neue Rechte von der zukünftigen, von ihr errichteten Gesellschaft spricht, haben die kritischen Methoden, die sie gegen die gegenwärtige Gesellschaft ins Feld führte, plötzlich alle Bedeutung verloren“ (ebd.).

Marieluise Christadler geht in ihrer Abhandlung über die Nouvelle Droite vor allem auf die Frage ein, wie groß denn der politische und kulturelle Einfluß

der neurechten Denkströmung zu veranschlagen ist. In diesem Zusammenhang nimmt sie umfänglich die Aktivitäten des Intellektuellenzirkels „GRECE“ in den Blick. Zu Recht weist Frau *Christadler* auch darauf hin, daß die Nouvelle Droite im Anschluß an *Antonio Gramsci* die politische Macht über die Gewinnung der kulturellen Hegemonie erreichen will.

Nachdem der Leser erfahren hat, daß der amerikanische Neokonservatismus den liberalen Politikprinzipien verpflichtet ist, die Nouvelle Droite im liberalen Ideenkreis ihren politischen Erzfeind erblickt, ist er begierig darauf zu wissen, wie denn der deutsche Neokonservatismus ideologisch ausgerichtet ist. *Richard Saage* geht als Autor des Artikels „Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik“ davon aus, daß die Parteigänger der in Rede stehenden Denkströmung ein „Gemeinwesen mit Zügen des Bismarckschen Obrigkeitsstaates“ (115) anstreben. An einer anderen Stelle seiner Abhandlung spricht *Saage* sogar davon, daß der „neokonservative Institutionalismus vorliberale und vordemokratische Stabilitätsmuster“ (78) propagiere. *Richard Saage* schießt in seinem ungemein kenntnisreichen Artikel einfach über das Ziel hinaus, wenn er im gegenwärtigen Neokonservatismus eine Gefahr für die liberale Ordnung der Bundesrepublik erblickt. Die von ihm zitierten neokonservativen Autoren wenden sich wohl gegen die sog. „progressive Erziehung“, befassen sich mit der „Unregierbarkeit des Staates“ und berufen sich dann und wann auf *Ernst Forsthoff*, *Carl Schmitt* und *Hans Freyer*. All dies aber reicht doch nicht aus, aus *Wilhelm Hennis*, *Robert Spaemann* und *Hermann Lübbe* Bannerträger eines neuen Antiliberalismus im Sinne der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik zu machen. Wie den amerikanischen Neokonservativen geht es auch ihren deutschen Gesinnungsfreunden nicht um die Zerstörung der liberalen Ordnung, sondern im Gegenteil um ihre Erhaltung und Stärkung.

Zum Lesenswertesten der in Rede stehenden Publikation gehört ohne Zweifel der Beitrag des Herausgebers über den „Neokonservatismus und seine Widersprüche“. *Iring Fetscher* nimmt dabei allerdings etwas zu vorschnell an, daß die von ihm scharfsinnig herausgearbeiteten Antinomien der neokonservativen Denkschule ungleich zahlreicher sind als diejenigen seiner eigenen „politischen Familie“. Auch seine Behauptung, beim Neokonservatismus handele es sich um die „Ideologie des neuen Mittelstandes und verängstigter Teile der Intelligenz“ (28) kann nicht unwidersprochen bleiben. Läßt sich die Kulturkritik eines *Daniel Bell* und die Kapitalismusanalyse eines *Irving Kristol* wirklich auf den sozialen Standort ihres jeweiligen Autors zurückführen? Hier deuten sich offenbar die Grenzen an, die der wissenssoziologischen Betrachtungsweise gezogen sind.

KURT SONTHEIMER, *Zeitwende? Die Bundesrepublik Deutschland zwischen alter und alternativer Politik*. Hamburg: Hoffmann & Campe 1983, 272 S., Ln. DM 29,80

Udo Bernbach

„Vom Geist und von der Befindlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Politik in den siebziger und den angefangenen achtziger Jahren, von Aufbruch und Ernüchterung, von Utopie und Enttäuschung, von Neuorientierung und Tendenzwende, vom Auseinanderdriften und vom Zusammenprall zwischen alter und neuer Politik“ (18) handelt dieses neue Buch *Sontheimers*. Eine von vielen Zeitdiagnosen, die aber im Unterschied zu Krisenbeschwörungen den Status quo, in dem sich Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik befinden, für – alles in allem – passabel erklärt. Zwar ist dieser Status quo offensichtlich in Bedrängnis

geraten, gibt es Unbehagen und den Wunsch nach Veränderung, aber dies alles sollte eher im Sinne einer korrektiven Verbesserung, nicht radikaler Umstrukturierung begriffen werden. Denn die Zeit ist reif für einen „neuen Konsensus“, „die alte Politik hat es mit neuen Verhältnissen zu tun“ (268), und darauf sollte sie reagieren, im Rahmen der gegebenen Institutionen: „Nur wenn es gelingt, sich beiderseits an den Grundregeln der freiheitlichen Politik verbindlich zu orientieren, wird aus dem tendenziellen Antagonismus von alter und alternativer Politik ein produktives Zusammenwirken im Interesse einer erlebenswerten Zukunft erwachsen können.“ (14)

Zwischen alter und alternativer Politik sieht *Sontheimer* die aktuellen politischen Handlungsoptionen angesiedelt. Alte Politik: das bezeichnet politische Ziele und Verfahren aus der „Phase der Expansion“ der repräsentativ-demokratisch verfaßten kapitalistischen Industriegesellschaft; alternative Politik dagegen will eine Neuorientierung der politischen Werte, Ziele und Verfahren. *Sontheimer* sieht beide Positionen in einem „tendenziellen“ Konflikt, den zu beschreiben die Aufgabe des Buches ist.

Diese Beschreibung beginnt mit den veränderten Rahmenbedingungen der Politik der Industriegesellschaft, die unter anderem im Rückgang des Wirtschaftswachstums, der „ökologischen Knappheit“, in der Schwerfälligkeit institutioneller Reaktion, in einer durch Werte- und Bewußtseinswandel verunsicherten Gesellschaft gesehen werden. *Sontheimer* konstatiert ein neues Krisenbewußtsein, eine Reideologisierung der Politik als Ergebnis eines typisch deutschen Hanges zur unpolitischen Romantik, zu blankem Idealismus und utopischem Denken, das aus endzeitlichen Vorstellungen erwächst. So wird das Buch zu einer Abrechnung mit der „Erblast“ der Studentenbewegung, den sozialen Bewegungen unserer Tage, denen immer wieder Irrationalismus vorgehalten wird, mit allen destruktiven Folgen, die sich daraus ergeben. Es ist eine Herausforderung der repräsentativen Demokratie nach dem Muster der von *Karl Jaspers* 1966 erstmals betriebenen „Totalkritik“: Ein spezielles Teilproblem wird zum entscheidenden Systemproblem erklärt und dient zugleich als Ausgangspunkt einer radikalen und umfassenden Kritik. „Punktuelle Ideologisierung“ (64) bzw. „punktuelle Radikalisierung“ (72), Vereinseitigung der Problemsicht“ (74) also, gekoppelt mit Wahrheitsansprüchen – dies macht das Wesen alternativer Politik aus, begründet ihren System-, Gesellschafts- und Zukunftspessimismus, ihr Insistieren auf radikaler Umkehr und Wende, ihren chiliastischen Charakter. *Sontheimer* spart nicht mit drastischen, ja dramatischen Bewertungen, meint auch, daß solche Radikalisierung zu jeglicher Kontinuität unfähig sei. Da die Topoi der thematischen Zuspitzung jeweils wechseln können, ergibt sich bestenfalls eine „Politik für Eintagsfliegen“ (258). In Porträts von Zeitgenossen wie *Michael Ende*, *Erhard Epler*, *Iring Fetscher*, *Hartmut von Hentig* und *Ralf Dahrendorf* wird die – individuell je unterschiedliche – Wechselhaftigkeit einer punktuellen Gesinnungsethik vorgeführt, die auf die Herausbildung alternativer Politik reagiert, „sensible Seismographen“, die Entwicklungstrends des Zeitgeistes registrieren und in dessen widersprüchlichen Wendungen befangen bleiben.

Was im „Elend unserer Intellektuellen“ (1976) bereits vorgetragen wurde, hier wird es in variiertem Form noch einmal wiederholt. Gewiß, die Zeiten sind schwer, und daß „alternative Politik“ überhaupt zur Diskussion stehen kann, hängt damit zusammen. Aber mehr muß dem „Zeitgeist“ nicht zugestanden werden. Gegen die „primitive und falsche“ ökologische Ideologie (196), gegen die „Mischung aus Katastrophenrhetorik, moralischer Politikverachtung und politischer Religiosität“, gegen „atomaren Chiasmus“ (237) hält *Sontheimer* an der Rationalität einer Politik fest, die sich auf freiheitsverbürgende Regeln tradierter

demokratischer Institutionen verläßt. Ihm darin zuzustimmen fiele wesentlich leichter, wenn die Rationalität des gegebenen politischen Systems in seinen Ergebnissen eindeutig ausweisbar wäre. Doch daran sind Zweifel erlaubt, und zwar nicht nur „gesinnungsethischer“ Provenienz, sondern aufgrund analytischer Befunde. *Sontheimer* macht es sich zu leicht. Es reicht nicht aus, die gewiß häufig überbordene Vereinseitigung der neuen alternativen Bewegungen in die Tradition eines typisch deutschen Politik(miß)verständnisses zu stellen – so richtig dieser Aspekt auch ist. Unabdingbar ist vielmehr eine genaue Analyse der Defizite des politischen Systems, ihrer strukturellen und systemischen Bedingungen wie ihrer normativen Rechtfertigungen. Erst eine solche, gründliche Analyse würde es erlauben, den Grad an politischer Rationalität zu bestimmen, den auch die alternativen Politikkonzepte für sich in Anspruch nehmen können. Ihnen diese Rationalität rundweg abzuspochen, macht unmöglich, was *Sontheimer* am Ende seines Buches alter wie neuer Politik gleichermaßen abverlangen möchte: „die Wiedergewinnung der Politik als eines allseits verbindlichen Regelsystems der freiheitlichen Ordnung“, in dem „alte und neue Ideen, konservative und progressive Interessen, historische und neue Parteien ihren legitimen Platz finden“ (272) können.

Zum Thema *Politik* sind weiterhin eingegangen:

- ULRICH ALBRECHT u.a. (Hrsg.), *Weltpolitik. Jahrbuch für internationale Beziehungen*, Bd. 3. Frankfurt: Campus 1983, 277 S., kt. DM 28,—
KARL-HEINRICH GÖBEL, *Moderne Schiitische Politik und Staatsidee*. Opladen: Leske + Budrich 1984, 263 S., kt. DM 48,—